



# HESSISCHER LANDTAG

01. 02. 2018

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen arbeitet an bestmöglicher Bildung für alle Kinder in unserem Land**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass in den letzten Jahren durch eine beispielhafte Investitionsoffensive die Bildungschancen für alle Kinder in Hessen kontinuierlich und nachhaltig verbessert worden sind. Die mit Rekordinvestitionen und einer bundesweit vorbildlichen Ressourcenausstattung einhergehende Schwerpunktsetzung auf den Bildungssektor hat für eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen an den hessischen Schulen gesorgt. Durch den Verzicht auf Strukturexperimente und die Zusammenführung unterschiedlicher bildungspolitischer Konzepte hat die schwarz-grüne Landesregierung überdies ein berechenbares, planbares und verlässliches Arbeiten an den Schulen wirkungsvoll gefördert.
2. Der Landtag begrüßt, dass die Bildungsausgaben ausweislich des Bildungsfinanzberichtes aus dem Jahr 2017 mit 1.495 € pro Kopf in keinem anderen Flächenland höher liegen als in Hessen. Auch für die Zukunft ist mit dem Entwurf des Doppelhaushalts 2018/19 sichergestellt, dass in Hessen Investitionen in Bildung oberste Priorität genießen. So steigt der Ansatz im Bildungsetat 2018 bei gleichzeitiger Einhaltung der Schuldenbremse auf einen neuen Höchstwert von 5,37 Mrd. €. Alleine in den Jahren 2016 und 2017 hat die Regierungskoalition im Haushalt rund 2.500 zusätzliche und solide ausfinanzierte Lehrerstellen zur Verfügung gestellt; mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2018/19 werden weitere 1.800 neue Stellen geschaffen. Durch die zusätzlichen Lehrerstellen werden auch die Rahmenbedingungen für guten Unterricht nachhaltig verbessert: So kann Hessen aufgrund der fortgesetzten Aufstockung der Lehrerstellen nicht nur die Aufrechterhaltung der von keinem anderen Bundesland bisher erreichten 105-prozentigen Lehrerversorgung, sondern auch eine seit Jahren kontinuierlich sinkende Schüler-Lehrer-Relation vorweisen.
3. Der Landtag begrüßt, dass zur Unterstützung von Lehrkräften an über 1.000 Schulen in Hessen die Sozialarbeit durch die Einstellung sozialpädagogischer Fachkräfte gefördert wird. Im Landeshaushalt 2018/19 werden zu diesem Zweck insgesamt 700 Stellen in einem Gegenwert von 54 Mio. € zur Verfügung gestellt. Ungeachtet der originären Zuständigkeit der Kommunen als Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe leistet die Regierungskoalition dadurch einen maßgeblichen Beitrag zur Bewältigung neuer Aufgaben und Herausforderungen an den Schulen. Den gesetzlich zur Finanzierung von Bau und Unterhalt der Schulgebäude verpflichteten Schulträgern greift das Land Hessen zudem durch das Kommunale Investitionsprogramm II im Volumen von über 500 Mio. € zwischen 2018 und 2022 zum Neubau und zur Sanierung von Schulgebäuden unter die Arme.
4. Der Landtag begrüßt, dass in Hessen als Folge gezielter Initiativen und Maßnahmen wie des Projekts "Schule und Beruf" (SchuB) bzw. dessen Nachfolgemodells "Praxis und Schule" (PuSch) die Zahl der Schüler ohne Abschluss auf den prozentual niedrigsten Stand aller 16 Bundesländer gesenkt werden konnte. So hat die Caritas-Bildungsstudie im Sommer 2017 festgestellt, dass Hessen entgegen dem bundesweiten Trend einer von 5,7 auf 5,9 steigenden Schulabbrecherquote einen erfreulichen Rückgang von 4,9 auf 4,1 % verzeichnen konnte. Damit liegt Hessen nicht nur bundesweit an der Spitze, sondern weist auch den stärksten Rückgang aller Bundesländer auf: Im Zeitraum seit 2006 konnte Hessen den Anteil von 8,2 auf 4,1 % halbieren. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt der INSM-Bildungsmonitor 2017 im Hinblick auf den Anteil der ausländischen Schulabgänger ohne Abschluss. Hier erzielte Hessen mit einem Schnitt von 8,1 den zweitbesten Wert aller Bundesländer (Bundesdurchschnitt 11,8 %).

5. Der Landtag begrüßt, dass die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte in Hessen auch eine materielle Attraktivitätssteigerung erfahren haben. Bei den durchschnittlichen Monatsbruttogehältern nach Bildungsbereichen nimmt Hessen nach Angaben des jüngsten Bildungsfinanzberichtes bei den öffentlichen Schulen zusammen mit Bayern den Spitzenplan ein. Zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit von Lehrkräften um eine Stunde wurden im Schuljahr 2017/18 insgesamt 600 neue Stellen - darunter auch 200 A14-Beförderungstellen - bereitgestellt. Neben der Steigerung der Bezüge für Beamte und Angestellte zum 1. Juli 2017 und 1. Februar 2018 können alle verbeamteten und angestellten Lehrer als Ergebnis der Tarifverhandlungen seit dem 1. Januar den gesamten ÖPNV im Nah- und Regionalverkehr kostenlos nutzen.
6. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket die Deckung des u.a. als Folge des unvorhersehbaren Flüchtlingszuzugs zusätzlich entstandenen Lehrkräftebedarfs gesichert hat und auch künftig nachhaltig sicherstellen wird. Im Ergebnis ist anders als in den meisten anderen Bundesländern die Grundunterrichtsversorgung vollständig durch Lehrkräfte abdeckbar. Darüber hinaus weist Hessen in erheblichem Umfang zusätzliche Stellenressourcen aus. Neben der mittelfristigen Bedarfsdeckung durch eine Weiterqualifizierung von Gymnasial-, Haupt- und Realschullehrkräften zum Unterricht an Grund- und Förderschulen wird vor allem durch die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten in Zusammenarbeit mit den Hochschulen auch langfristig der Bedarf sichergestellt. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang ganz besonders, dass die Regierungskoalition nach der Finanzierung von insgesamt 315 zusätzlichen Studienplätzen ab dem Wintersemester 2017/18 an den hessischen Universitäten im Doppelhaushalt 2018/19 nochmals zusätzliche Mittel für weitere 90 Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen bereitstellt. Darüber hinaus wird der Rahmen für die Ausbildung von Haupt- und Realschullehrkräften um 400 zusätzliche Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst in diesem und im kommenden Jahr erweitert.
7. Der Landtag begrüßt, dass nach der 2014 erfolgten Anhebung der Besoldung von Grundschulleitern auch bei rund 600 Konrektorstellen eine Anhebung der Bezüge erfolgt. Zudem werden an kleinen Grundschulen, deren Schülerzahl 81 bis 180 beträgt, insgesamt 352 neue Stellen für stellvertretende Schulleiterinnen und Schulleiter zur Verfügung gestellt. Durch gezielte Maßnahmen zur Qualitätssicherung wie die konzeptionelle Neuausrichtung der Schulevaluation, die Intensivierung und passgenaue Ausrichtung der Fort- und Weiterbildungsangebote, vor allem bei den aktuellen Herausforderungen wie Integration, Inklusion, Medienbildung, Lese- und Schreibkompetenz, Ganztags- und berufliche Bildung, konnten zudem die Unterrichtsqualität in Hessen nachhaltig gestärkt und die Lehrkräfte und Schulleitungen an den Schulen wirksam unterstützt werden. Aufgrund der hohen Nachfrage von bereits rund 500 Lehrkräften wird das Erfolgsmodell zur Schulleiterqualifizierung flächendeckend ausgeweitet. Für eine umfassende Unterstützung insbesondere der Grundschulen werden zudem 24 neue Stellen für Schulberater und Schulpsychologen geschaffen. Die auch vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen erfolgte Professionalisierung schulischer Rahmenbedingungen und gezielte Unterstützung der Schulleitungen und Lehrkräfte trägt somit an entscheidender Stelle dazu bei, die Leistungspotenziale und Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 1. Februar 2018

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Bellino**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Wagner (Taunus)**